

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete und Migrant*innen e.V.

Newsletter, Januar 2026

Liebe Unterstützer*innen,

liebe Mitstreiter*innen,

liebe KuB-Interessierte,

wie wahrscheinlich in vielen von euren Köpfen laufen in unseren gerade zwei „Filme“ und bei beiden müssen wir uns zwischendurch immer mal wieder vergewissern, dass sie tatsächlich real sind: Der eine ist die sich kontinuierlich und dramatisch verschlechternde Situation von Geflüchteten und Migrant*innen in Deutschland und Europa. Dazu gehören weiterhin illegale Grenzschießungen an innereuropäischen Grenzen mit ebenso illegalem Racial Profiling, das Verschwinden humanitärer Visa und weiterer Aufnahmeprogramme, Abschiebe-Kooperationen mit den übelsten Regimen, Legalisierung bereits existierender tödlicher Gewalt an EU-Außengrenzen, gefängnisartige Lager für Schutzsuchende, Asylverfahren in Drittstaaten, zu denen diese Schutzsuchenden null Verbindung haben, und vieles Bedrückende mehr. Das alles wird - in Deutschland und Europa - angetrieben von Rechtsextremen, die herausgefunden haben, wie sie ganze Parteien- und Mediensysteme vor sich hertreiben können.

Der zweite „Film“ erscheint wie eine Vorschau auf das, was uns noch bevorsteht, wenn wir die aktuellen Entwicklungen nicht aufhalten oder noch besser umkehren können. Er spielt auf der anderen Seite des Atlantiks, wo Autoritarismus und Faschismus (so jedenfalls zunehmend die Einordnung von sachkundigen Beobachter*innen) schon weiter vorangeschritten sind, die Regierung offen „100 Millionen Abschiebungen“ ankündigt, mit riesigen datensammelnden Tech-Firmen Bewegungsprofile erfasst, willkürlich Menschen auf der Straße, an Arbeitsplätzen und Kitas verhaftet, sie in privatisierte unbeaufsichtigte Lager steckt und mit extremer, auch tödlicher Gewalt gegen Protest vorgeht.

Wir würden das Jahr gerne in einem optimistischeren Ton starten, aber das sind leider die Kräfte und Entwicklungen, denen wir uns gegenüber sehen. Bei dem kleinen, aber wichtigen Teil, den wir dagegen unternehmen, könnt ihr uns sehr gerne [hier](#) unterstützen:

Spendenkonto:

KuB e.V.

GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02

BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Kurzbericht 2025

Zahlen sagen über unsere Arbeit nicht immer viel aus und wir erfassen sie auch nicht in allen Arbeitsbereichen, aber den anhaltend hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf bilden sie doch irgendwie ab. Für 2025 liest sich das so:

- Über 8.000* mal konnten wir Ratsuchenden offene Beratung anbieten oder sie an geeignete Stellen weiterleiten – etwa 40 Personen pro Tag an 4 Wochentagen in allen 52 Wochen.
- Wir haben 2.135 Rechtsberatungen zu Asyl und Aufenthalt durchgeführt – davon 1.618 Erstberatungen und 590 für Menschen mit besonderen Schutzbedarfen (z.B. Alleinerziehende, Schwangere, unbegleitete Minderjährige, Opfer von Menschenhandel...).
- Wir konnten 250 psychosoziale Beratungen mit Menschen durchführen, die durch Flucht und/oder Rassismus besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, und sie bei der weiteren Versorgung unterstützen.
- Dazu gab es 750 (auch längerfristige) Beratungen durch unsere Fachstelle für Schwangere, Alleinerziehende und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Wir haben kontinuierlich 8 Deutschkurse in den Sprachniveaus A1.1 bis B1, Alphabetisierung und Konversation angeboten, neue Anfänger*innenkurse von und für LGBTIQ*-Personen und einen neuen Kurs mit Kinderbetreuung und Sozialberatung speziell für Frauen* mit geringer formaler Lernerfahrung; dazu gab es monatliche Ausflüge in Berlin, um Sprechen zu üben und Teilhabe zu erleichtern.
- Über 100 Sprachmittler*innen ermöglichten Übersetzung in ca. 25 Sprachen bei Beratung und anderen wichtigen Terminen.

Nebenbei haben wir uns noch in mehreren - teilweise durch pro bono Expert*innen begleiteten - AGs um unsere Kompetenzen als „Arbeitgeberin“ gekümmert sowie um barriereärmere Räume, haben sehr viele Menschen eingearbeitet und fortgebildet und haben endlich mal unseren Namen an unseren Sprachgebrauch angepasst (Registereintrag steht noch aus).

Aktuelle Beratungssituation

Die immer repressivere Politik schlägt sich auch in unseren Beratungen nieder und die Situation hat sich in der zweiten Jahreshälfte weiter verschärft: wir sehen steigenden Bedarf an Sozial- und Rechtsberatung, zunehmende Orientierungslosigkeit im Asylsystem, wachsende materielle und psychosoziale Notlagen und zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse, die in diesen kalten Wintertagen besonders alarmierend zu Tage tritt.

Ein Großteil der Ratsuchenden kommt weiterhin aus Afghanistan, Iran, Syrien, Ukraine, Russland (insbesondere Nordkaukasus / Tschetschenien), Moldau. Es kommen auch viele Kurd*innen aus verschiedenen Herkunftsstaaten (u. a. Türkei, Syrien, Irak, Iran) in die Beratung. Menschen aus zu

„sicheren Herkunftsstaaten“ erklärten Ländern sind dabei besonders stark von Ablehnungen, Leistungsausschlüssen und fehlender Beratung betroffen.

Die Anliegen der Ratsuchenden belieben weiterhin sehr vielfältig, häufig geht die Beratung um:

Aufenthalts- und asylrechtliche Themen: Wir beobachten eine hohe Anzahl von Ablehnungen von Asylanträgen - häufig ohne ausreichende Begründung - sowie mündliche Ablehnungen durch Behörden ohne schriftlichen Bescheid. Beim Dublin-Verfahren äußern viele Ratsuchende große Unsicherheit über ihren Antragsprozess und berichten über fehlende Informationen zum Verfahren. Wir registrieren weiterhin einen Anstieg kurzfristiger Abschiebungsandrohungen. Die Ausreisefrist bei mit „offensichtlich unbegründet“ abgelehnten Asylanträgen beträgt nur eine Woche. Vielen weiteren Ratsuchenden wird der Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (vorübergehender Schutz) entzogen. Das betrifft insbesondere sogenannte Drittstaatsangehörige die vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind, teilweise aber auch ukrainische Staatsbürger*innen. Andere Ratsuchende, insbesondere russische Staatsangehörige, sind vom Wegfall humanitärer Perspektiven infolge der faktischen Aussetzung humanitärer Visa betroffen.

Soziale Leistungen und Behördenkontakte: Häufig kümmern sich unsere Berater*innen um Probleme mit Asylbewerber*innenleistungen und dem Jobcenter sowie eine unzureichende Beratung in Unterkünften. Eine Unterstützung durch die KuB ist besonders bei Kontakten mit dem Sozialamt, dem Jugendamt, dem Standesamt und dem Bezirksamt erforderlich.

Arbeit, Ausbeutung und Prekarität: Wir beobachten zunehmend Fälle arbeitsrechtlicher Ausbeutung, insbesondere unzumutbare Arbeitsbedingungen, Druck durch Arbeitgeber*innen aufgrund aufenthaltsrechtlicher Abhängigkeiten sowie die Ausnutzung von Beschäftigungsauflagen (z. B. die Bindung an einen Betrieb).

In den meisten Fällen tragen die Ratsuchenden die gesundheitlichen und finanziellen Folgen dieser Ausbeutung selbst.

Weitere Aushöhlung des Asylrechts: Die Beschneidung des Menschenrechts auf Asyl geht in hoher Frequenz weiter. Zuletzt z.B. Einstufung weiterer Staaten als „sichere Herkunftsländer“ sowie eine hohe Zahl an BAMF-Ablehnungen, insbesondere um den Jahreswechsel. Ein Teil der davon betroffenen Ratsuchenden sind Frauen aus den Kaukasusrepubliken der Russischen Föderation, die von massiver Gewalt betroffen sind. Für viele von ihnen stellt der Aufenthalt in Deutschland die einzige Möglichkeit dar, sich ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben aufzubauen.

Neue Alphabetisierungskurse für Frauen*

Wir haben seit November ein neues Angebot für Alphabetisierung. Mit zwei neuen Kursen möchten wir geflüchtete Frauen* mit wenig formaler Lernerfahrung beim Ankommen in Berlin unterstützen und ihre soziale Teilhabe stärken. Das wollen wir erreichen durch ein Angebot zum Deutsch-Lernen, das ganz auf die Bedarfe der Teilnehmenden abgestimmt ist. Außerdem verknüpfen wir das:

1. mit einer flankierenden Kinderbetreuung und
2. mit einer Sozialberatung und begleiteten Weiterleitung in weitere Angebote.

Das Projekt wird in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und dem Wassertor e.V. durchgeführt und aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds Plus) und der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen der Bezirkslichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit (BBWA) gefördert.

Es gibt aktuell noch ein paar freie Plätze. Bei Interesse bitte melden unter: dk-anmeldungen@kub-berlin.org

[Aktuelles aus der KuB]

Erschreckender Höchstwert bei Abschiebungen in Berlin // Abschiebemonitoring

Eine aktuelle Anfrage der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus ergibt: 1.670 Menschen wurden in 2025 aus Berlin abgeschoben. Unter den abgeschobenen Personen sind auch besonders schutzbedürftige Geflüchtete, z.B. Kinder, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, mit Erkrankungen, Menschen, die Gewalt erfahren haben und queere Personen. Wie viele es genau sind, wird statistisch nicht erfasst.

Mit unserer Fachstelle für Schwangere, Alleinerziehende und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt ist die KuB Teil des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS). Das BNS hat im September ein Abschiebemonitoring gestartet: Über den Online-Datenbogen können Fachkräfte und Unterstützer*innen mit nur wenigen Klicks anonymisiert Fälle von Abschiebungen, Dublin-Rückführungen oder Abschiebeversuchen von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus Berlin melden: bns.berlin/abschiebemonitoring

Insbesondere wird erfasst, ob es zu möglichen Rechtsverletzungen gekommen ist, z.B. durch Nachtabschiebungen; Familientrennungen, Abschiebungen trotz schwerer Krankheit und z.B. ohne notwendige Medikamente, Abschiebungen aus Schulen/Jugendeinrichtungen, stationären Einrichtungen oder Schutzeinrichtungen (z.B. Frauenhäusern); oder durch Abschiebungen aus Geflüchtetenunterkünften ohne Durchsuchungsbeschluss. Eine solche Rechtsverletzung ist aber keine Voraussetzung, um Fälle zu melden.

Änderungen bei „sicheren Herkunftsstaaten“, Pflichtbeistand und Einbürgerungssperre

Die Armseligkeiten im Bereich des Asyl-, Aufenthalts- und auch Einbürgerungsrechts nehmen kein Ende. Im Dezember hat der [Bundestag weitere zentrale Änderungen beschlossen](#). Erstens kann die Regierung künftig ohne die Zustimmung vom Bundesrat entscheiden, ob ein Herkunftsland als „sicher“ eingestuft wird. Asylanträge aus solchen Staaten lehnt das BAMF in der Regel als „offensichtlich unbegründet“ ab, was mit stark verkürzten Fristen und schnelleren Abschiebungen verbunden ist (siehe oben).

Zweitens soll für Menschen, denen Abschiebehaft, Ausreisegewahrsam oder Überstellungshaft droht, künftig der Anspruch auf einen staatlich finanzierten Pflichtanwalt wegfallen. Das ist eine katastrophale Entscheidung vor allem vor dem Hintergrund, dass sich über die Hälfte der Inhaftierungen als rechtswidrig herausstellen! Drittens soll es eine 10-Jahres-Sperre für Einbürgerungen geben für Menschen, die im Verfahren vorsätzlich falsche Angaben machen.

Wir werden uns dieser alarmierenden Asyl- und Migrationspolitik weiter mit aller Kraft entgegen stellen und freuen uns, wenn ihr uns dabei unterstützt!

Solidarische und herzliche Grüße,

eure KuB